

# Zeitung für Stadt und Umgegend.

**Ersteinst**  
Mittwoch und Sonnabend.  
**Abonnementspreis**  
vierteljährlich 1,05 Mk. pränumero, durch die Post oder andere Boten 1,20 Mk., durch die Briefträger frei ins Haus 1,45 Mk.

**Gratıs Beilagen:**  
Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierteljährlich eine landwirtschaftliche Beilage.

**Insertionspreis**  
für die einseitige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., bei Privat-Anzeigen 10 Pfg., bei Anzeigen pro Zeile 10 Pfg.  
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

**Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.**

Nr. 18.

Nebra, Mittwoch, 4. März 1914.

27. Jahrgang.

## Ein Weltreichstag der Hauslanddeutschen.

Von der deutschen Kolonie in Neapel geht ein Plan aus, für den zuerst unter den Deutschen in ganz Amerika mit großem Erfolge Anhänger gewonnen worden: es handelt sich dabei um nichts geringeres als um die politische Einigung aller aus dem Erdball lebenden Deutschen als einem „Weltreichstag“. Allen auf die fünf Erdteilen lebenden Deutschen ist ein solches Weltreichstag, wenn sie nur das Reichsrecht besitzen, das aktive und passive Wahlrecht zum deutschen Reichstag zuteil. Um ihnen auf diese Weise eine Art mitbestimmender Einfluss auf die Politik ihres Vaterlandes zu sichern. So verblühend diese Idee auf den ersten Blick anmutet, so ist sie doch nicht so neuartig, wie es den Anschein hat, denn bereits in England ist der Gedanke eines solchen „imperialistischen Parlaments“ mehrfach aufgetaucht und zur Beratung gestellt worden. Bei dem überaus praktischen Sinn der Engländer aber gerade in allen politischen Fragen wurde diese Idee von vornherein nur wenig auf Erfolg rechnen und läuft dementsprechend auch heute noch nur in den Köpfen einiger politischer Theoretiker herum. Zwar hätte der verlorene Kampf der Amerikaner, der liberalen Ministerpräsidenten, den Gedanken, ein solches imperialistisches Parlament einzuführen, um den Umfang der Stimmungen gemeinsam zu beraten; aber sowohl der König als die Mehrheit des Unterhauses war entschieden gegen den Plan. Seitdem — es sind nun sieben Jahre — ist nicht mehr die Rede davon.

Nach von dem geplanten Weltreichstag der Hauslanddeutschen kann man behaupten, daß bei allem guten Willen der Urheber der Idee doch viel zu sehr im Abstrakten und im Idealen steckten, als daß es jemals bei uns Aussicht auf Verwirklichung hätte. Allein schon die ungleiche Entwicklung der Durchsührung hinsichtlich des Wahlerfahrens usw. lassen eine einheitliche Erörterung gar nicht zu. Zusammen aber ist es interessant zu sehen, wie sich in phantastischen Köpfen der Welt malte; denn daß man sich nicht nur der Welt, sondern auch mit dem Gedanken trägt, geht schon daraus hervor, daß allein in den Vereinigten Staaten von den Hauslanddeutschen 40 000 aufgebracht werden sind zur Verwirklichung der neuartigen Idee.

Man kann damit rechnen, daß etwa drei bis vier Millionen deutscher Reichsangehöriger über die ganze Welt verstreut sind. Wenn dem Reichler Plan folgen, die 100 000 Hauslanddeutsche einen Abgeordneten in den Reichstag entsenden. So weit fällt sich also der Reichler im großen und ganzen an das heutige Wahlgesetz. Bei einer Verwirklichung bedeutete das für den Reichstag eine Vermehrung von rund 80 Abgeordneten. Von dieser Seite aus wäre das Unternehmen also nicht einmal so schlimm, um so weniger, als wir ja später und früher doch an eine neue Wahlrechtsstellung und damit an eine Veränderung der Zahl der Abgeordneten denken müßten. Dafür aber schwächt der Plan in anderer Beziehung völlig in der Luft.

Wie soll sich denn z. B. die Beteiligung der Hauslanddeutschen an der Reichstagswahl gestalten? Nach den Urhebern der Idee sollen zu diesem Zweck überall im Auslande Interessensvertretungen der Deutschen aus notgedrungenen Ausschüssen und Verbänden geschaffen werden, die zu einem Wahlkörper aufeinandergelegt werden. Ob dieser Gedanke sich überhaupt in die Praxis übertragen läßt, erscheint sehr zweifelhaft. Aber abgesehen davon, die Frage der Festlegung der Kontrolle und die indirekte Mitwirkung der Wähler bei wichtigen Vorfragen im Parlament oder im Wahlkreise selbst.

Wenn man aber schließlich von allen diesen Bedenken absehen wollte, ein Bedenken bleibt bestehen und kann leider so leicht nicht entkräftet werden: Die Urheber des Gedankens sind die Männer, die sich in Amerika ausschließlich dafür begeistern, und noch viele tausend andere mögen das wahrste Interesse an der fernem Heimat nehmen, aber sehr viele deutsche Reichsangehörige werden doch in der Ferne sehr schnell, daß sie Deutsche sind. Ihre Sprache, ihre Denker und Sitten sind unter dem Varn der Fremde. Sollen sie, die nur laienhaftige Deutsche sind, die aber sonst mit der alten Heimat nichts verbindet, teilnehmen durch ihre Stimme an der Gestaltung der Geschichte der Heimat? Diese Frage müßte, che man sich überhaupt auf eine Debatte des abenteuerlichen Planes einläßt, zu erörtern sein.

Wächter.

## Deutscher Reichstag.

(Originalbericht.) Berlin, 2. März.  
Der Reichstag widmete am 28. v. d. Reichstagsbahnen den dritten Tag.  
Der Bitte des Sozialdemokraten Dr. Weill um Auskunft über den Unfall bei Wöppow-Mes vermochte der Minister nicht zu entsprechen, da die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist.

Die weitere allgemeine Erörterung nach dem sozialliberalen Stiler nochmals belegenheit, sich für das Koalitionrecht, aber gegen jedes Streikrecht der Staatsarbeiter auszusprechen.  
Den Hauptteil der für einen langen Vortag verhältnismäßig auf beschleunigte Sitzung füllte die Frage der  
**Wohlfahrt und Sozialversicherung**  
aus. Sie löste diesmal im Reichstag eine sehr lebhaft geführte Debatte aus, wie man sie seit mehr als einem Jahrzehnt alljährlich im preussischen Abgeordnetenhaus gemohnt ist. Der Plan fand zunächst auf sozialdemokratischer Seite warme Zustimmung durch den Stralburger Vertreter Dr. Weill; dann nahm sich der nationalliberale Führer Wasserman mit gleichem Eifer der Sache an. Aus wirtschaftlichen Gründen sei eine Ablehnung falls, aus nationaler beherrschend. Die wirtschaftlich-fällige Industrie und Geschäftsbetriebe hätten das größte Interesse an dem Plan.

Minister v. Treitschke vertrat demgegenüber den Standpunkt der preussischen Regierung, daß aus überwiegend wirtschaftlichen Erwägungen heraus die Kanalisierung von Wohlfahrt und Sozial nicht begonnen werden könne. Im niederrheinischen Kreis beziehe sich noch immer ein Widerspruch gegen den Plan, und die militärischen Autoritäten seien ebenfalls Gegner, dagegen Freunde des Baues von Bahnen. Geschäftsbetriebe haben

## Bedeutende Tarifermäßigungen als Entschädigung

erhalten.  
Nunmehr brachte der eisen- und lauffähigste Bundesratsbevollmächtigte Dr. Nobis die Meinungsverschiedenheiten seiner und der preussischen Regierung zum Ausdruck. Zwar möge die preussische Regierung, doch nicht ohne weiteres, daß Preußen doch noch der Plan verwirklicht werde. Dazu solle das Wohl der Reichsangehörigen herangezogen werden. Man müsse sich bei der Entscheidung über den Reichstag entscheiden.

Für die Konventionen erklärte Abg. Dr. Frieß, der bereits im vorigen Reichstag Minister einmündig und überzeugend, und er empfehle die dem Bundesratsbevollmächtigten zur gebührenden Beachtung.  
Es traten für die Kanalisierung dann weiter ein die Abgeordneten Dr. Gierke, Dr. Schacht (Frl.) und Ledebour (soz.) mit sehr scharfen Spitzen auf Dr. Frieß. Damit war der Etat der Reichsbahnlinien erledigt und das Haus vertrat sich.

## Heer und flotte.

— Zum Gouverneur von Metz ist an Stelle des verstorbenen Generalleutnants v. Anshagen der Kommandeur der 17. Division in Sommer, Generalleutnant v. Winterfeldt ernannt worden.

— Die ausgesprochenen Erfahrungen, die die Seeresverwaltung mit den von ihr erstellten Gesehensregeln gemacht hat, veranlassen den weiteren Bau solcher Heime. Es werden zunächst zwei weitere Gesehensregeln gebaut, und zwar eine auf der Nordsee-Insel Bornum, das als Militärstützpunkt gedacht ist, und eine an der Ostsee. Das Gesehensregeln bei Dänien hat, wie aus den ärztlichen Berichten hervor geht, ungenügend auf den Zustand der Retenalempfinden eingewirkt, das gleiche kann von dem Gesehensregeln bei Ostpreußen behauptet werden, das seine ganze Anlage nach darauf berechnet ist, eine größere Zahl ihrer endgültigen Stellung entgegenzusetzen. Interzessoren aufzunehmen. Diese Bestrebungen der Seeresverwaltung, durch die Schaffung weiterer Gesehensregeln die Unteroffiziere Gelegenheit zu vollkommener Schulung durch einen mehrwöchentlichen Aufenthalt in Gesehensregeln, die besten Kuranstalten zu geben, werden jedoch nicht aufgegeben und wird auch besonders von den Interzessoren selbst als den am meisten Beteiligten als bestmögliche Beseitigung empfunden und daher freudig begrüßt. Als sehr wertvoll muß auch bezeichnet werden, daß sich die Gesehensregeln nicht an der Ausbildung der Unteroffiziere, sondern auch Interzessorenfamilien beteiligen aufzunehmen.

— Die deutschen Kriegsschiffe, die in Rio de Janeiro eintrafen, fanden dort begeisterte Aufnahme. Im Gegenpart der deutschen Gesehensregeln,

des Ministers des Auswärtigen, des Marine-Ministers des Admirals und der Kommandanten fand großer Empfang beim Reichsboten fast, dem der Admiral v. Reuter-Böhmig die Grüße des Deutschen Kaisers übermittelte.

## Die Unternehmung des Kanals.

Die geheimnisvollen Interessen, die die Unternehmung des Kanals zwischen Dover und Calais für durchaus notwendig halten, lassen die öffentliche Meinung in Paris und London nicht mehr zur Ruhe kommen. In diesen Tagen erst fand wieder in London über die Leitung des Kanalbau-Projektes des Unterhauses eine große Versammlung von Geschäftsleuten statt, an der Vertreter des Reichstages ebenfalls und mehrere Angehörige anderer teilnahmen. Die Versammlung nahm einstimmig einen Beschluß an, der die Unternehmung des Kanals als ein großes Unternehmen an der Hand der öffentlichen Behörden übernahm, alle Vorarbeiten dem Reichstag zu übergeben und anderen Vorkaufsbedingungen entgegen zu treten.

Von zahlreichen Vorkaufsbedingungen wurden Aufschritte verlesen, in denen der Bau des Kanals ebenfalls beschworen wurde. Es wurde betont, daß es für Englands Handel von großem Nutzen sein würde, während er in Kriegszeiten leicht mit Dynamit zerstört werden könne. Der letztere Satz soll nach der militärischen Behörde übermorgen alle Vorarbeiten namentlich in verkehrs- und wirtschaftspolitischer Hinsicht, die mit dem Kanalbau in Verbindung gebracht worden waren.

Ende des vergangenen Jahres erging schließlich von Seiten der englischen Regierung an das Kriegsministerium, die Admiralität und das Handelsministerium die Aufforderung, Gutachten zu erlassen, ob der Bau eines Kanals von Dover nach Calais empfehlenswert ist. Die Gutachten sollen dem englischen Reichsverteidigungsminister vorgelegt werden, das die Entscheidung darüber treffen wird, ob in einer Vorlage der Bau des Kanals dem Parlament unterbreitet werden soll.

Aber die weitere Behandlung der Angelegenheit ist dann nichts in die Öffentlichkeit gelangt, und es ist auch in der Werbung von der letzten Londoner Versammlung keine Andeutung darüber gemacht, welche Richtung diese Arbeiten genommen haben. Die Teilnahme von Vertretern des Kriegsministeriums und anderer Regierungsämter legt immerhin den Vermutung nahe, daß das Interesse dieser Stellen an den Strömungen für den Bau des Kanals im Wesentlichen besteht ist. In Paris ist man inzwischen nicht unaktiv, nur geht man dort viel geheimnisvoller zu Werke.

Die Sache ist, daß Frankreich und England gemeinsam die Kosten des Baues tragen und dann auch die Einnahmen teilen. In starker Sandelstreifen will man wissen, daß der Bau bereits im Juni in Angriff genommen werden soll.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Die nunmehr halbamtlich erklärt wird, ist für Mitte April ein Besuch Kaiser Wilhelms in Belgien in Aussicht genommen. Er steht aber in seinem Zusammenhang mit der Vermählung des Kronprinzen, sondern ist lediglich eine Erinnerung des Reichs Königs Konstantin in Berlin.

Die Reise des Deutschen Kronprinzen nach den Balkan ist auch in der Budgetkommission des Reichstages vom Sozialistensekretär befragt worden. Die Antwort, an der auch die Kronprinzessin teilgenommen wird, geht nach Ostafrika, Südwestafrika und Kamerun.

Der hierherüber-ungarische Minister des Innern Graf Berchtold hat mit seiner Bemerkung in München dem Königspar eine Mitwirkung gemacht und dem Ministerpräsidenten in Berlin, Dr. Treitschke, im vorigen Jahre wegen der Balkanreisen verbotenen Gegenstand abgefragt.

In maßgebender Stelle schwächen zurzeit Erörterungen, ob die Abänderung des Reichsgesetzes über den Schuss von Briefkästen und den Briefkastenverletern im Krieg ohne Schaden für die Landesverteidi-

gung in Angriff genommen werden könnte. Da das Militärbriefkastenwesen infolge der arborarischen Entwicklung der Wissenschaft und der drahtlosen Telegraphie an Wert für die Seeresverwaltung erhebliche Einbuße erlitten hat, so dürfte sich wohl nach der auch an zu lösender Stelle ansetzen Ansicht eine Abänderung des Briefkastengesetzes in Betracht ziehen lassen, um so mehr, als man damit lange und bringen geäußerten Wünschen der Landwehrpflicht entgegenkommen würde. Die Klagen richteten sich vor allem darauf, daß durch den geringelten Umfang der Zauberkontrolle in manchen Bezirken die Landwehr zur Saatzeit durch lebende Zauberkontrolle geschädigt würden. Trotz der gelegentlich angeordneten Sperrzeit für Zauberkontrolle eine militärische Kontrolle darüber, ob es tatsächlich Briefkästen oder andere Zauberkontrolle sind, die während der zeitlichen Sperrzeit auf den Feldern niederfallen, gar nicht möglich. Die Abänderungen müßten sich daher vor allem auf Abschaffung der landesgesellschaftlichen Sperrzeiten für Briefkästen von den politisch angeordneten Sperrzeiten für den Zauberkontrolle beziehen.

Verbleibenden Vätermaßnahmen zufolge sollte der in Beratung bei Wien unterbrochene Wien-Trip in Kürze in Braunschweig ausgetauscht werden. Den aufstrebenden Stellen ist insofern von einer solchen Ansicht nichts bekannt. Der Wien-Trip ist mit geringer Ausnahme Eigentum der sogenannten Reichsregierung, das heißt also des Hauses Cumberland in Gumbden. Solange dieses Haus noch besteht, wird und darf nach den parlamentarischen Bestimmungen eine Verbleibungsveränderung nicht vorgenommen werden. Das einzelne, nicht auf eigentlichen Kron-Trip gehörende Mitglied, soweit sie Gesehensregeln und Gesehensregeln ausstellen, zum Beispiel früherer Herzöge von Braunschweig, sind nach Braunschweig übergeführt werden, sobald die geeigneten Räumlichkeiten dafür beschafft worden sind, ist richtig.

### Österreich-Ungarn.

\* Kaiser Franz Joseph, der in Wien die albanische Abordnung empfing, wies einträglichst darauf hin, daß Albaniens Ruhm nur allen von der Einigkeit seiner Stämme abhängt.

\* Kardinal Ratzinger, Erzbischof von Salzburg, ist 81 Jahre alt, gestorben.

### Frankreich.

\* Der Senat hat befohlen, daß die Lage eine Anleihe von 170 Millionen für Marokko bewilligt. Wie jetzt bekannt wird, hat an dem Abend des 28. Februar der eben aus dem Senatsbereich beurlaubte Oberkommandierende General Lyautey in der Weltstadt für allgemeine Forderung eine Rede über die Lage in Marokko gehalten, die durchaus nicht uninteressant klingt. Er führte a. aus, daß Frankreich nur durch den abstrakten Vorteil der Unternehmung des Berglandes aber werden noch jahrelang dauern.

### England.

\* In London ist Lord Minto, der frühere Generalgouverneur von Kanada und Vizekönig von Indien, im 67. Lebensjahre gestorben.

### Niederlande.

\* Der Sampangen der Miffob, den der Bar seinem Ministerium zur Wahl ernannt hat, ist nicht so einfach, als sich der neue Finanzminister Bart gedacht hat. Der neue Herr hat sich gleich beim ersten Besuche der Arbeit eine Verwirrung des neuen Finanzprogramms als völlig machtlos erwiesen. Zahlreiche Mängelbeurteilungen hatten im Zusammenhang auf das neue Finanzprogramm ihr dringendes, unter Aufsicht von mehreren abgeleiteten Gesehensregeln während der ersten vier und letzten Gesehensregeln erneut eingereicht, und der Minister hatte ihnen Gewährung ausgesetzt, um gleichzeitig einen Anfang mit dem „allohffrennen“ Budget zu machen. Aber das Finanzministerium zeigte sich in dieser Frage fester als der Minister; die Beamten erklärten Bart nämlich unwiderrücklich, eine beratige Verfügung dürfe der Minister nicht aus seiner linken Hand erlassen, da es sei vielmehr ein „gesehensregeln“ erlaube notwendig. Das gleiche Gutachten gab der Minister des Innern ab, so daß Bart das Gesehensregeln der Mängelbeurteilung ablehnen mußte.

### Sachsen-Anhalt.

\* Während sich der Fürst von Albanien anstellt, in sein Land zurückkehren zu wollen, drohen dem noch im Werden begriffenen Staatswesen schon wieder neue Schwierigkeiten. Im Süden haben die Einwohner von Cetina alle Vorbereitungen getroffen, um ihrer Vereinigung mit Albanien beizustimmen.













**Bermischtes.**  
**Nebra, 3. März.** Der hiesige Gewerbeverein veranstaltet am Sonnabend den 7. März abends 8 Uhr im Saale des „Preussischen Hofes“ einen „Experimental-Vortrag“ über das Thema: „Elektrische Ercheinungen im luftverdünnten Raume“. Als Vortragender ist Herr Oberlehrer Dr. R. Schulze aus Leipzig gewonnen, ein in ganz Königreich Sachsen sehr bekannter, vornehmlich populär-naturwissenschaftlicher Vorträge. Zu dem Vortrage werden eine ganze Reihe wertvoller Apparate benützt. Ausgehend von den allgemeinen Ercheinungen der Elektrizität, wird sich der Vortrag der Induktionselektrizität zuwenden. Diese im sogenannten Funkeninduktor außerordentlich hoch gespannten Ströme (mehrere 10000 Volt Spannung) zeigen im luftverdünnten Raume außerordentlich seltene und merkwürdige Lichtererscheinungen, unter anderen auch die bekannte rätselhafte Ercheinung der Röntgenstrahlen, denen der Hauptteil des Vortrages gewidmet sein wird. Jeder Besucher des Vortrages wird sicher auf seine Rechnung kommen. Auch den Frauen ist der Besuch des Vortrages sehr zu empfehlen.

**Nebra, (Kriegerverein.)** Die am Sonntag den 1. März abends 8 Uhr einberufene Generalsammlung war gut besucht. Es wurde von der Rechnungsprüfungskommission der Richtigkeit der Bücher vorgelesen und um Entlastung des Kassendirektors gebeten. Ein Mitglied dieser Kommission gab bekannt, daß der Kriegerverein Nebra im Jahre 1913 an seine Mitglieder 310 Mk. Unterzügen ausgegeben hat. Aus der Kasse des brennenden Kriegerbundes, in welche der Verein jährlich 50 Mk. abführt, wurden 84 Mk. an Unterzügen zurückgegeben. Für die zu militärischen Übungen einberufenen Mitglieder gibt der Verein eine Beihilfe von 5 Mk. Mögen diese Zahlen den Beweis liefern, daß diese Wohlfahrtspflege der Kriegervereine eine wirklich gute Sache ist. Derartige Unterzügen kann wohl selten ein Verein seinen Mitgliedern bewilligen. Leider gehören aber noch viele ehemalige Soldaten dem Verein nicht an; obgleich man sich sagen muß, daß die Ziele des Kriegervereins mit fördern zu helfen, eine vornehmliche Aufgabe ist. Der jährliche Beitrag ist 2,40 Mk. Mitglieder mit 25-jähriger Mitgliedschaft zahlen nur 90 Pf.

Von den Mitgliedern, welche 50 Jahre dem Verein angehören, wird ein Beitrag nicht mehr erhoben. Es wurde ferner beschlossen, ein Kränzchen abzuhalten. Diese Abendunterhaltung findet Sonnabend den 14. März abends 8 Uhr im Preussischen Hof statt.  
**Wiede, 2. März.** In nichtöffentlicher Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten wurde am Sonnabend Abend Herrn Gastwirt Wäldrich-Loffa der Zuschlag auf seine bei der Schützenhaus-Verpachtung abgegebenen Gebot von 2570 Mark erteilt.  
**Der Wankenheim-Riechleber Tunnel** und in der Donnerstagsitzung des Reichs-Tages Erwähnung. Der Abg. Koch (SPD), Vertreter des Wahlkreises Querfurt, forderte seine Beseitigung. Der Vertreter des Mansfelder Wahlkreises, Dr. Arndt, schloß sich dieser Forderung an, fügte aber noch hinzu: „Man sollte aber die Umgehungslinie nicht durch den Wahlkreis des Herrn Koch, sondern durch meinen Wahlkreis führen.“ (Große Heiterkeit.)  
**Sobemüßeln, 2. März.** Die Stadtverordneten beschließen, den Kontrollleur Worrack, dem die Kündigung aus häuslichen Diensten während der Unterzügenhaft

überreicht worden war, weiter als häuslichen Beamten zu führen, ihm einen Erholungsurlaub bis 1. April zu bewilligen und dazu einen Zuschlag von 200 Mk. zu gewähren. In Abwesenheit des wegen Anmohnens entpflichtigen Bürgermeisters Hofe beschließen dann die Stadtverordneten, letzteren für die abhandeln gekommenen 3000 Mark erlagspflichtig zu machen, und zwar wegen Nichtbeachtung der Sparkasten-Statuten, die eine doppelte Verschließung der Kasse vorschreiben, und wegen der Art der Kassenführung. Bürgermeister Hofe soll das Disziplinarverfahren gegen sich beantragen, und der Verteidiger Worrack die Revision gegen das freisprechende Urteil angemeldet haben, weil er glaubt, durch weitere Zeugenvernehmungen die völlige Unschuld Worracks nachweisen zu können.

**Kirchliche Nachrichten.**  
 Mittwoch, den 4. März, abends 7<sup>15</sup> Uhr.  
 2. Gottesdienst.  
 Es predigt Herr Oberlehrer Schmeiger. Beim Auszug werden Gaben für die Beleuchtung der Kirche gesammelt.

**Bekanntmachung.**  
 Die Fischereigerechtigkeit der Stadt auf der rechten Hälfte der Uniten von der Großmangener Grenze bis zur Kapelle wird pachfrei und soll auf weitere 6 Jahre öffentlich verpachtet werden. Termin hierzu ist auf  
**Sonnabend, den 14. März 1914, Nachmittags 5 Uhr, auf dem Rathause** anberaunt.  
 Pachtlichehaber werden eingeladen.  
 Nebra, den 28. Februar 1914. Der Magistrat. Präsiob.

**Bekanntmachung.**  
 Der Acker am Bahnhof von 0,4110 ha Größe, welcher Ende September d. Js. pachfrei wird, soll bereits jetzt auf weitere 6 Jahre vom 1. Oktober d. Js. ab öffentlich verpachtet werden. Termin hierzu ist anberaunt an Ort und Stelle auf  
**Sonnabend, den 7. März d. Js., nachmittags 5 Uhr.**  
 Pachtlichehaber werden eingeladen.  
 Nebra, den 26. Februar 1914. Der Magistrat. Präsiob.

**Bekanntmachung.**  
 Für den Standesamtsbezirk Nebra, Kreis Querfurt, ist der Beigeordnete Waldemar Rabich in Nebra zum 2. Stellvertreter des Standesbeamten bestellt worden.  
 Merzbürg, den 20. Februar 1914. Der Regierungs-Präsident.

**Polizeiverordnung.**  
**Betreffend das Verbot des geistigen Getränkes.**  
 Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 und der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizei-Verordnung vom 11. März 1850 wird mit Zustimmung des Provinzialrats für die Provinz Sachsen verordnet, was folgt:  
 Die Polizei-Verordnung vom 23. Februar 1904, abgeändert durch die Polizei-Verordnung vom 21. April 1912, betreffend das Verbot geistiger Getränke erhält folgenden Wortlaut:

§ 1.  
 Den Gast- und Schankwirten sowie den Branntweinkleinhändlern ist verboten, geistige Getränke zum sofortigen Genuß oder zum Mitnehmen an Betrunkene und an solche Personen, die von der Polizeibehörde als Trunkenbolde bezeichnet sind, zu verabfolgen. Den von der Polizeibehörde als Trunkenbolde bezeichneten Personen darf in dem zum Ausschank von geistigen Getränken bestimmten Lokalen der Aufenthalt zum Zwecke des Erwerbs geistiger Getränke, sei es zum Mitnehmen oder zum Genuß auf der Stelle, nicht gestattet werden.

§ 2.  
 Das Verbot geistiger Getränke und nicht vergällten Spiritus an Personen unter 16 Jahren ist den Gast- und Schankwirten und den Branntweinkleinhändlern verboten.

§ 3.  
 Verantwortlich für die Befolgung vorsehender Vorschriften (§§ 1, 2) sind außer den Inhabern der Gast- und Schankwirtschaften und Branntweinkleinhandlungen auch deren Stellvertreter, Beauftragte und Gemberechtigten.

Die Gast- und Schankwirte und die Branntweinkleinhändler haben einen deutlichen lesbaren Abdruck dieser Polizei-Verordnung in ihren Schank- und Verkaufslökalen an augenfälliger Stelle anzuhängen.  
 Sie haben ferner die ihnen zugehenden Mitteilungen der Ortspolizeibehörden über die als Trunkenbolde bezeichneten Personen, solange diese Bezeichnung in Kraft besteht, aufzubewahren und den Polizeibeamten (Gendarmen) auf Verlangen vorzulegen.

§ 5.  
 Zündverhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 60 M. bestraft.

§ 6.  
 Die Verordnung tritt mit dem 1. März 1914 in Kraft.  
 Alle sonstigen polizeilichen Vorschriften über das Verbot geistiger Getränke an Betrunkene und solche Personen, welche von der Polizeibehörde als Trunkenbolde bezeichnet sind, treten außer Kraft.

Polizeiliche Vorschriften, welche das Verbot geistiger Getränke an jugendliche Personen weitergehenden Einschränkungen unterwerfen, und welche das Verbot geistiger Getränke an andere, als die in den §§ 1 und 2 genannten Personen betreffen, bleiben unberührt.  
 Magdeburg, den 30. Dezember 1913.

Der Ober-Präsident der Provinz Sachsen.  
 v. Hegel.

**Der Diakonats-Acker,**  
 ca. 35 Morgen, soll **Montag, den 9. März, Nachmittags 3 Uhr, im Ratskeller,** auf 6 Jahre öffentlich neu verpachtet werden. Der Gemeindegemeinderat. Schwieger.

**Öffentliche Stadtverordnetenversammlung**  
**Freitag, den 6. März 1914, Abends 7<sup>15</sup> Uhr.**  
 Tagesordnung:  
 1. Einführung und Verpflichtung des Herrn Melchior als unbesoldeter Magistrats-assessor.  
 2. Neuwahl eines Mitgliedes in die Schuldeputation.  
 3. Protokoll über Ratssession durch die Regierung.  
 4. Neuwahl des Stadtverordnetenvorsethers.  
 Nebra, den 2. März 1914. Der Stadtverordnetenvorsetzer J. B. Wolff.

**Zahn-Praxis P. Olbrecht,**  
 Telefon 232. **Querfurt.** Telefon 232.  
 Sprechtag Donnerstag 2—5 Uhr im Gasthof zur Burg, Nebra, 1. Etage.

**Sprechtag in Nebra**  
 jeden **Mittwoch** von 2—6 Uhr.  
 Wohnung bei Herrn Paul Schwert.  
**Hanf, Dentist Rößleben.**  
 Fernruf 194.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Karl Stiebig in Nebra.

Seine Verlobung mit Fräulein Dorothea Jäher, Tochter des verstorbenen Pastors Herrn Ernst Jäher und seiner Frau Gemahlin Marie geb. Gelpke, zeigt ergebenst an  
**Paul Hecker,**  
 Kand. des höh. Lehramts.  
 Halle a. S., im Februar 1914.

**Königlich Preussische Lotterie.**  
 Die Erneuerung der Lose 3. Klasse 203. Lotterie bitte von heute ab zu bewirken.  
**Waldemar Kabisch.**

**Zur Konfirmation u. Frühjahr**  
 empfehle mein großes Lager folder **Stiefel u. Schuhe** mit 5% Rabatt.  
 Gleichzeitig bringe meine **Schnellsohlerei** mit elektrischem Betrieb in Erinnerung.  
 Nebra. **H. Melchior.**

**Dezimalwagen**  
 mit und ohne Zug oder mit Zug und Schiebewegicht, sowie

**eiserne Gewichte**  
 100, 200, 500 gr. 1, 2, 5, 10, 20, 50 kg.  
**Messinggewichte**  
 1, 2, 5, 10, 20, 50 gr.  
 100, 125, 200, 250, 500 gr.  
 Alle mit neuestem geßlich vorgezeichnetem Eichstempel versehen, empfiehlt

**R. Barthel, Eisenhandlung,**  
 Nebra a. U.  
 Fernsprechanschluß No. 10. Postcheckamt Leipzig 683.

**Braunschweiger Gemüsekonserven**  
 in bester Qualität und strammer Packung. Trafen wieder ein und empfehle dieselben zu herabgeßigten Preisen.  
**Waldemar Rabich.**

Einige **Mitbeefstener** sind billig zu verkaufen. **Schluse Nebra.**

**Zur Handlung**  
 erzeugt die herrlich duftende „Sametin“. Bei aufgesprungenem, roter rissiger Haut und bei Frostbeulen dürfte es nie fehlen, a Flasche 60 Pf.  
 Bei **Walter Gutmuths, Adler-Drogerie.**

**Henkel's Bleich-Soda**  
 für alle Küchengeräte  
**Erwin Gutschmuths**

Dr. Bulef's Fenchelhonig, a Fl. 50 u. 30 Pf., Dr. Bulef's Hustentropfen, a Fl. 50 Pf., Dr. Bulef's Johannisbeersaft, a Fl. 50 u. 30 Pf. wirkt Wunder.  
 Bei **Walter Gutmuths, Adler-Drogerie.**

**Gewissenhafte Frau**  
 für Botengänge und Aufwartung für ständig bei hohem Lohn sucht  
**Juderkabrik Biegenburg.**

**Wer verkauft**  
 sein Haus, auch mit Gehöft oder Landwirtschaft in **Nebra** oder Umgegend?  
 Adresse sofort erbeten an  
**Carl Donner, Magdeburg, Ranftstr. 15.**

**Schönheit**  
 verleiht ein carter reines Gesicht, rosige, jugendliche Anzehen und ein bisanz schön Imit. — Alles dies erzeugt die echte **Steckenpferd-Seele**  
 (Die beste Lillensmilchseife), von Bergmann & Co., Rabenau, a Stück 50 Pf. Ferner macht der Cream (Lillensmilch-Cream) rote und spröde Haut weich und sammetweich.  
 a 2 2. Tube 50 Pf. bei **Walter Gutmuths.**

**Zur Konfirmation**  
 empfiehlt **Gesangbücher**  
**Karl Stiebig.**

**Apfelsinen**  
 sind wieder frisch eingetroffen, Duzend von 50 Pf. an.  
**Walter Gutmuths.**  
**Feinste Fürstennaugen, Kronen-Hummern, Krabben, Anchovis, Lachs, Delfarinen und Bismarkheringe**  
 — in Dosen —  
 empfiehlt **Waldemar Rabich.**

**Keine Ratte! Keine Maus!**  
 bleibt leben. Legen Sie Ackerlon aus. Wirkung frappant, a 50 und 30 Pf.  
 Bei **Walter Gutmuths, Adler-Drogerie.**

**Junges Mädchen**  
 von 16 bis 18 Jahren nach Leipzig gesucht. Zu melden **Parafstraße Nr. 5** part. links.

**Bahnhof-Wirtschaft.**  
**„Salvator“**  
 a. d. Paulaner-Brauerei zum Salvator-Keller, München.

**Gewerbeverein zu Nebra a. U.**  
 Sonnabend, den 7. März, abends 8 Uhr, im Saale des „Preussischen Hofes“  
**Experimentalvortrag.**  
 Elektrische Ercheinungen im luftverdünnten Raume.  
 Herr Oberlehrer Dr. R. Schulze aus Leipzig.  
 Eintrittspreis:  
 Ermachene 50 Pf., Kinder 20 Pf.  
 Hierzu ladet ein **der Vorstand.**

**Kriegerverein Nebra.**  
**Die Abendunterhaltung**  
 findet nicht am 7., sondern **Sonnabend, den 14. März, abends 8 Uhr,** im **Preussischen Hof** statt. **Der Vorstand.**



# Nebrer Anzeiger

## für Stadt und Umgegend.

Gratisbeilagen:

Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirtschaftliche Beilage.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Nr. 18.

Nebra, Mittwoch, 4. März 1914.

27. Jahrgang.

### Ein Weltreichstag der Hauslanddeutschen.

Von der deutschen Kolonie in Neapel geht ein Plan aus, für den zuerst unter dem Vorsitz in ganz Amerika mit großen Erfolge Anhänger gewonnen worden: es handelt sich dabei um nichts geringeres als um die politische Einigung aller auf dem Erdball lebenden Deutschen gleichsam in einem „Weltreichstag“. Allen auf der fünf Erdteilen lebenden Deutschen soll nach diesem Plan, wenn sie nur das Reichsbürgerrecht besitzen, das aktive und passive Wahlrecht zum deutschen Reichstag zustehen, um ihnen auf diese Weise eine Mitbestimmenden Einfluss auf die Politik ihres Mutterlandes zu sichern.

So verblüffend diese Idee auf den ersten Blick anmutet, so ist sie doch nicht so neuartig, wie es den Anschein hat, denn bereits in England ist der Gedanke eines solchen „imperialistischen Parlamentes“ mehrfach aufgeworfen und zur Beratung gestellt worden. Bei dem überaus praktischen Sinn der Engländer aber gerade in den letzten Jahren konnte diese Idee von vornherein nur wenig auf Erfolg rechnen und fast demselben Pessimismus auch heute noch nur in den Köpfen einiger politischer Theoretiker Raum. Immerhin der verlorene Campbell, Bannerman, der liberale Ministerpräsident, dem Gedanken, ein solches englisches Weltparlament einzubringen, um den Umfang der Wählungen gemeinsam zu vergrößern, aber insofern der Meinung, als die Mehrheit des Interieurs war, entziehen gegen den Plan. Selbigen — es sind nun sieben Jahre — ist nicht mehr die Rede davon.

Auch von dem geplanten Weltreichstag der Hauslanddeutschen kann man behaupten, daß bei allem guten Willen der Urheber der Plan doch nicht so sehr im Reichstags- und Hauslandrecht, als daß er jemals bei uns Mündigkeit auf Vermittlung hätte. Allein schon die ungeheuren Schwierigkeiten der Durchführung hinsichtlich des Wahlverfahrens umlassen eine ernsthafte Erörterung gar nicht zu. Ummerhin aber ist es interessant zu sehen, wie sich in internationalen Kreisen der Plan malte, denn daß man sich nicht nur in Neapel ernsthaft mit dem Gedanken trübt, geht schon daraus hervor, daß allein in der Ver. Staaten von den Auslandsdeutschen 40 000 Wähler empfangen werden, zur Vermittlung der neuapollitanischen Idee.

Man kann damit rechnen, daß etwa drei bis vier Millionen deutscher Reichsangehöriger über die ganze Welt verstreut sind. Nach dem Neapler Plan sollen die 100 000 Hauslanddeutsche einer Abgeordneten in den Reichstag entsenden. So weit hält sich also der Plan im großen und ganzen an das heutige Wahlgesetz. Bei einer Verwirklichung bedeutete das für den Reichstag eine Vermehrung von rund 90 Abgeordneten. Von dieser Seite aus möchte das Unternehmen also nicht einmal so förmlich, um so weniger, als wir ja später oder früher doch an eine neue Wahlkreisinteilung und damit an eine Veränderung der Zahl der Abgeordneten denken müssen. Dafür aber schwebt der Plan in anderer Beziehung völlig in der Luft.

Wie soll sich denn z. B. die Beteiligung der Auslandsdeutschen an der Reichstagswahl gestalten? Nach den Urhebern der Idee sollen zu diesem Zweck überall in Auslands-Interessensvertretungen der Deutschen, aus wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Gesichtspunkten werden, die zu einem Wahlkörper zusammengefaßt werden. Ob dieser Gedanke sich überhaupt in die Praxis übertragen läßt, erscheint sehr zweifelhaft. Über abgesehen davon, die Idee der Bildung hat noch kein Wort über die Kostenbedeutung, die Kontrolle und die indirekte Mitwirkung der Wähler bei wichtigen Vorgängen im Parlament oder im Wahlkreis gesagt.

Wenn man aber schließlich von allen diesen Bedenken absehen wollte, ein Bedenken bleibt bestehen und kann leider so leicht nicht entkräftet werden: Die Urhebers des Gedanken sind die Männer, die sich in Amerika am häufigsten dafür begeistern, und noch viele tausend andere mögen das wahrste Interesse an der fernem Heimat neben, aber sehr, sehr viele Reichsdeutsche verneinen doch in der fernem sehr schnell, daß sie Deutsche sind. Ihre Extradite, ihr Denken und Handeln steht unter dem Banner der Fremde. Sollen sie, die nur staatsrechtlich Deutsche sind, die aber sonst mit der fernem Heimat nichts verbundene Teilnehmen durch ihre Stimme an der Gestaltung der Geschichte der Heimat? Diese Frage wird, ehe man sich überhaupt auf eine Debatte des abenteuerlichen Planes einläßt, zu erledigen sein. Wächter.

### Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht.)

Berlin, 2. März.  
Der Reichstag widmete am 28. v. d. d. Reichstagskammer den letzten Tag.  
Der Vize des Sozialdemokraten Dr. Weill um Auskunft über den Unfall bei Wuppertal, da die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist.

Die weitere allgemeine Erörterung gab dem Nationalliberalen Ziller nochmals Gelegenheit, sich für das Koalitionsrecht, aber gegen jedes Streikrecht der Staatsarbeiter auszusprechen.

Den Hauptteil der für einen letzten Wochenlaas verhältnismäßig gut beleuchteten Sitzung füllte die Frage der

### Wolfe- und Saalkanalisation

aus. Die Wolfe, diesmal in Reichstagslage eine fast ebenso lebhaft betrieblene, aus, wie man sie seit mehr als einem Jahrzehnt alljährlich in preussischen Abgeordnetenhäusern genossen ist. Der Plan fand zunächst auf sozialdemokratischer Seite warme Zustimmung, durch den Straßburger Vertreter Dr. Weill; dann nahm sich der nationalliberale Führer Wasserman mit gleichem Eifer der Sache an. Aus wirtschaftlichen Gründen sei eine Ableitung, falls, aus nationalen bedauerlich. Die gesundheitsschädliche Industrie und Holz-Verkohlungen hätten das größte Interesse an dem Plan.

Minister v. Steinenbach vertrat demgegenüber den Standpunkt der preussischen Regierung, daß aus überwiegender wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus die Kanalisation von Wolfe und Saar nicht begannen werden könne. Am niedersteigenden Vorzug der hehe noch immer ein Widerstand gegen den Plan, und die militärischen Autoritäten seien ebenfalls Gegner, dagegen Freunde des Baues von Bahnen, Holz-Verkohlungen hat e

### Bedeutende Tarifermäßigungen als Entschädigung

erhalten.

Nummer brachte der eckig-lothringische Bundesratsvollmächtigte Dr. Rodis die Meinungsverschiedenheiten seiner und der preussischen Regierung zum Ausdruck. Zum gegen die preussischen Gründe schmer, doch hoffe er, daß Preußen doch noch den Plan verwirklichen werde. Dazu solle das Sächsische, denn dieser Plan sei vielleicht der beste Weg, die Reichslande mit dem deutschen Vaterlande zu verknüpfen. Die Mehrheit nahm diese Ausführungen mit lebhaftem Beifall an.

Für die Konfessionsen erklärte Abg. Dr. Drel, daß die Vorlesungen des Ministers einwandfrei und überzeugend seien, und er empfehle sie dem Bundesratsvollmächtigen zur gebührenden Beachtung.

Es traten für die Kanalisation dem fernere ein die Abge. Cömann (Sent), Schatz (Eck) und Debebour (Soz.) mit verbindlichen Stimmen auf Dr. Drel. Damit war der Etat der Reichslandbahnen erledigt und das Sächs veranteilt.

### Heer und Flotte.

— Zum Gouverneur von Mek ist an Stelle des verstorbenen Generalleutnants a. D. von der Kommandeur der 17. Division in Schwelm Generalleutnant a. D. Winterfeld ernannt worden.

— Die ausgezeichneten Erfahrungen, die die Heeresverwaltung mit den von ihr erdienten Gemeindeführern gemacht hat, veranlassen den weiten Bau solcher Systeme. Es werden zunächst zwei weitere Übungssysteme gebaut, und zwar eins an der Nordsee-Insel Bornum, das als Militärkaserne gedacht ist, und eins an der Elbe. Das Übungssystem bei Oliva hat, wie aus den ärztlichen Berichten hervorgeht, ungenügend auf den Zustand der Melanolekten einzuwirken, das gleiche kann von dem Übungssystem in Osterhofen bei Spinnmünde gesagt werden, das seiner ganzen Anlage nach darauf berechnet ist, eine größere Zahl ihrer endständigen, selbst entzündlichen Unteroffiziere aufzunehmen. Diese Bestrebungen der Heeresverwaltung, durch die Schaffung neuer Übungssysteme den Interoffizieren Gelegenheit zu weiterer Schulung durch einen mehr wissenschaftlichen Praxis- und Erfahrungsaustausch in solchen Kurantlagen zu geben, verdient hohe Anerkennung und wird auch besonders von den Unteroffizieren selbst als den zunächst Schättesten als besondere Wohlthat empfunden und daher freudig begrüßt. Als hier wertvoll muß auch bezeichnet werden, daß sich die Übungssysteme nicht nur auf die Unteroffiziere selbst beschränken, sondern auch Interoffiziersfamilien berechnigt aufnehmen.

— Die deutschen Kriegsschiffe, die in Rio de Janeiro eintrafen, fanden dort begeisterte Aufnahme. In Gegenwart des deutschen Konsuln,

des Ministers des Auswärtigen, des Marine-Ministers, des Admirals und der Kommandanten fand großer Empfang beim Brückenturm statt, dem der Admiral v. Reuter-Bohm die Grüße des Deutschen Kaisers übermittelte.

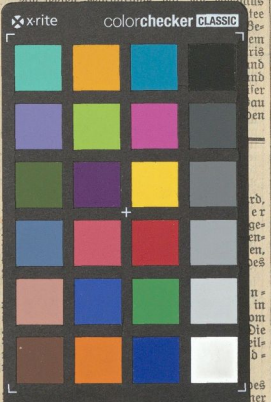
### Die Untertunnelung des Kanals.

Die geheimnisvollen Interferenzen, die die Untertunnelung des Kanals zwischen Dover und Calais für durchaus notwendig halten, lassen die öffentliche Meinung in Paris und London nicht mehr zur Ruhe kommen. In diesen Tagen erst fand wieder in London unter der Leitung des Kanalunsel-Komitees des Unterhauses eine große Versammlung von Geschäftleuten statt, an der Vertreter des Kriegsministeriums und anderer Ministerämter teilnahmen. Die Versammlung nahm einstimmig einen Beschluß an, den die Unterhaus des Kanals ebenfalls bekräftigt wurde. Es wurde betont, daß er für Englands Handel von großem Nutzen sein würde, während er in Kriegszeiten leicht mit Dynamit zerlegt werden könne. Der letztere Satz soll wohl zur Befriedigung der militärischen Bedenken dienen, die bisher gerade in England stets recht vernehmlich geäußert wurden. In der letzten Durchführbarkeit bestand in seit langem kein Zweifel mehr, aber die militärischen Bedenken übermühten die bisherige namentlich in verletzlichen und wirtschaftspolitischen Hinsicht, die mit dem Kanalbau in Verbindung gebracht worden waren.

Ende des vergangenen Jahres erlangte schließlich von Seiten der englischen Regierung an das Kriegsministerium, die Admiralität und das Handelsministerium die Zustimmung, Gutachten zu erlassen, ob der Bau eines Kanals von Dover nach Calais empfehlenswert sei. Die Gutachten sollen dem englischen Reichsvereinigungs-Komitee vorgelegt werden, das die Entscheidung darüber treffen wird, ob in einer Vorlage der Bau des Kanals dem Parlament unterbreitet werden soll.

Aber die weitere Behandlung der Angelegenheit ist dann nichts in der Öffentlichkeit gelangt, und es ist auch in der Wirkung von der letzten Londoner Versammlung keine Bedeutung darüber gemacht, welche Richtung diese Arbeiten genommen haben. Die Teilnahme von Vertretern des Kriegsministeriums und anderer Regierungskreise legt immerhin die Vermutung nahe, daß das Interesse dieser Stellen an den Strömungen für den Bau des Kanals im Wachen begriffen ist. In Paris ist man insoweit nicht unglücklich, nur geht man dort nicht geheimnisvoller zu Werke.

Die Beschlüsse des Reichstages sind in der Öffentlichkeit bekannt, und es ist auch in der Wirkung von der letzten Londoner Versammlung keine Bedeutung darüber gemacht, welche Richtung diese Arbeiten genommen haben. Die Teilnahme von Vertretern des Kriegsministeriums und anderer Regierungskreise legt immerhin die Vermutung nahe, daß das Interesse dieser Stellen an den Strömungen für den Bau des Kanals im Wachen begriffen ist. In Paris ist man insoweit nicht unglücklich, nur geht man dort nicht geheimnisvoller zu Werke.



Präsidenten Grafen Hertling den im vorigen Jahre wegen der Balkanverwicklungen verbotenen Gegenstand abgelehnt.

— In maßgebender Stelle schweben zurzeit Erwägungen, ob die Abänderung des Reichsgesetzes über den Schutz von Privatleben und den Briefverkehrsrecht in Kriegszeiten ohne Schaden für die Landesverteidi-

gung in Angriff genommen werden könnte. Da das Militärbriefverkehrsrecht infolge der großartigen Entmischung der Postämter und der beschleunigten Telegrafien an Wert für die Heeresverwaltung erhebliche Einbuße erlitten hat, so dürfte sich wohl nach der auch an zuwähliger Stelle gestellten Ansicht eine Wiedereinrichtung des Briefverkehrsgeheimnisses empfehlen lassen, umso mehr, als man damit liegen und bringen geäußerten Wünschen der Landwehrmacht entgegenkommen würde. Die Klagen richteten sich vor allem darauf, daß durch den allgemeinen Zustandsfallung in manchen Bezirken die Landwehr zur Saatzeit durch lebende Tauben empfindlich geschädigt würden. Trotz der gesetzlich angeordneten Sperren für Tauben ist eine wirkliche Kontrolle darüber, ob es tatsächlich Brieftauben oder andere Tauben sind, die sich während der postzeitlichen Sperren auf dem Feldern niederfallen, gar nicht möglich. Die Abänderungen müßten jedoch derartig auf Abklärung der landesgesetzlichen Bestimmungen für Brieftauben von den postzeitlich angeordneten Sperren für den Taubenflug

— Verschiedenen Witterungsverhältnissen zufolge sollte der in Penning bei Wien untergebrachte Wolfesbach in die Straubrunnengebiet aufgestellt werden. Den zentralen Stellen ist in diesem von einer solchen Maßnahme nichts bekannt. Der Wolfesbach ist mit geringer Ausnahme Eigentum der ehemaligen Krone von Hannover, das heißt also des Hauses Cumberland in Gumbden. Solange dieses Haus noch besteht, wird und darf nach dem Willen der Krone keine Veränderung nicht vorgenommen werden. Das einzelne, nicht zum eigentlichen Kronland gehörende Stück, in dem die Wolfesbach und Gebirgsaussehens, zum Beispiel Braunerberg, von Kronland sind, nach Kronland übergeführt werden, sobald die geeigneten Mündlichkeiten dafür beauftragt worden sind, ist nicht.

### Österreich-Ungarn.

\* Kaiser Franz Joseph, der in Wien die albanische Abordnung empfing, wurde eindringlich darauf hin, daß Albanien's Zutritt vor allem von der Einigkeit seiner Stämme abhängt.

\* Kardinal Raitzthaler, Erzbischof von Salzburg, ist 81 Jahre alt geworden.

### Frankreich.

\* Der Senat hat letztendlich dieser Tage eine Anleihe von 170 Millionen für Marocco bewilligt. Wie jetzt bekannt wird, hat an dem Abend desselben Tages der eben aus dem Eschierreich heimgekehrte Oberkommandierende General Lyautey in der Gesellschaft für allgemeine Förderung eine Rede über die Lage in Marocco gehalten, die durchaus nicht uninteressant klang. Er führte u. a. aus, daß Frankreich nur sehr der maroccanischen Ebene sei; die Unterwerfung des Berglandes aber werde noch jahrelang dauern.

### England.

\* In London ist Lord Minto, der frühere Generalgouverneur von Kanada und Vizekönig von Indien, im 67. Lebensjahre gestorben.

### Niederlande.

\* Der Kampf gegen den Alkohol, den der Vax. seinem Ministerium zur Billigung gemacht hat, ist nicht so einfach, als sich bei Finanzminister Warf gedacht hat. Der Herr Herr hat sich gleich beim ersten schmerzlichen Versuch einer Verwirklichung des neuen Finanzprogramms als völlig machtlos erwiesen. Zahlreiche Mäßigkeitsvereine hatten im Vertrauen auf das neue Finanzprogramm bringendes, unter anderem mehrere abgeschlossene Geschäft um Stillehaltung der finanziellen Finanzmittelschritte während der ersten, vierten und sechsten Konferenz erneuert eingewandt, und der Minister hatte ihnen Gewährung zugelegt, um gleichsam einen Anfang mit dem „Alkoholreiter“ Subjekt zu machen. Aber das Finanzministerium zeigte sich in dieser Frage härter als der Minister; die Betroffenen erklärten Warf nämlich rundweg, eine beratliche Verfügung der Minister von sich aus unter keinen Umständen erlassen, dazu sei vielmehr ein gesetzlicher Erlass notwendig. Das gleiche Gutachten gab der Minister des Innern ab, so daß Warf das Geschäft der Mäßigkeitsvereine ablehnen mußte.

### Sachsen-Anhalt.

\* Während sich der Reichstag von Albanien anhielt, ist sein Mann reichlichen Einsatz zu halten, broken den noch im Werden begriffenen Staatsformen schon wieder neue Verordnungen. Ein Schreiben haben die Einwohner von Grottau die Vorbereitung derselben in ihrer Verbindung mit Albanien bewilligt.